Institut für Mittelstandsforschung
IfM BONN

Aktuelle Kurzbefragung 2/2026

November 2026

Aktuelle Reformvorhaben reichen noch nicht aus, um die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen nachhaltig zu stärken

André Pahnke, Susanne Schlepphorst

Die Bundesregierung will mit einem umfassenden Modernisierungs- und Reformprogramm die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland stärken. Aus Sicht der Unternehmen reichen die bisher beschlossen Maßnahmen hierfür nicht aus. Im Gegenteil: Die Mehrheit sieht weiterhin ihr Geschäftsmodell und damit auch ihre Wettbewerbsfähigkeit unter Druck.

Die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands wird maßgeblich durch konjunkturelle Probleme, globale Unsicherheiten und strukturelle Herausforderungen beeinträchtigt. Die Bundesregierung hat deshalb im Koalitionsvertrag ein umfassendes Modernisierungs- und Reformprogramm vereinbart. Es soll die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verbessern, die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland stärken und neue Wachstumsimpulse setzen. Vorgesehen sind unter anderem Maßnahmen zur langfristigen Stabilisierung der Sozialabgaben, zur Vereinfachung des Steuersystems, zur Senkung der Energiekosten und Reformen des Arbeitsmarktes.

Diese Reformvorhaben werden in Politik und Gesellschaft kontrovers diskutiert. Aus ordnungspolitischer Sicht sollten mit den geplanten Reformen die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen grundsätzlich so gestaltet werden, dass Unternehmen angesichts der aktuellen Herausforderungen zukunftssichere Geschäftsmodelle entwickeln können. Hier sehen die Unternehmen laut aktueller Kurzbefragung des IfM Bonn noch konkreten und dringenden Handlungsbedarf.

Standortbedingungen haben sich verbessert, sind aber noch nicht gut genug

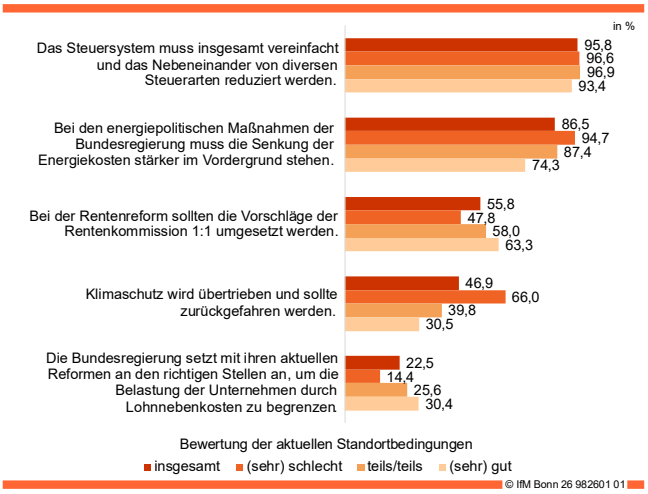
Gegenwärtig schätzen die Großunternehmen mit mehr als 249 Beschäftigten ihre wirtschaftliche Lage grundsätzlich besser ein als die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU): 54,5 % der Großunternehmen und 39,2 % der KMU beurteilen ihre wirtschaftliche Lage als (sehr) gut, 14,1 % bzw. 23,5 % als (sehr) schlecht. Die Mehrheit der Unternehmen sieht sich damit zwar nicht in einer (sehr) schlechten wirtschaftlichen Lage. Allerdings gibt es mehr Unternehmen, die in den kommenden zwei Jahren eher eine Verschlechterung (36,4 %) als eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage (24,8 %) erwarten.

Dabei haben sich im Vergleich zur IfM-Kurzbefragung im Oktober 2025 die (aktuellen) Standortbedingungen aus Sicht der Unternehmen etwas verbessert: Während 2025 noch 49,0 % der Unternehmen die Standortbedingungen als (sehr) schlecht bewerteten, sind es aktuell 37,8 %. Dies geht jedoch nicht mit einer Erhöhung des Anteils positiver Bewertungen einher (2025: 26,9 %; aktuell: 27,9 %). Vielmehr ist der Anteil der Unternehmen gestiegen, die die Standortbedingungen als teils gut und teils schlecht bewerten (2025: 24,1 %; aktuell: 34,3 %). Von einer hohen Zufriedenheit der Unternehmen mit den aktuellen Standortbedingungen kann daher weiterhin keine Rede sein.

Unternehmen fordern Umsetzung konkreter Reformvorhaben

Fast die Hälfte der Unternehmen (46,9 %), die die aktuellen Standortbedingungen in Deutschland als (sehr) schlecht bewerten, schätzt auch ihre wirtschaftliche Lage als (sehr) schlecht ein. Entsprechend fordern sie häufiger wirtschaftspolitische Maßnahmen ein, die sich unmittelbar in Kostenreduzierungen niederschlagen. Doch auch diejenigen Unternehmen, die die aktuellen Standortbedingungen positiver bewerten und sich in einer besseren wirtschaftlichen Lage befinden, sind mit den aktuellen Reformen in vielen Bereichen noch unzufrieden (siehe Abbildung 1).

Abb. 1: Beurteilung aktueller Reformvorhaben



Im Hinblick auf die Steuerpolitik sind 95,8 % der Unternehmen der Auffassung, dass das Steuersystem insgesamt vereinfacht und das Nebeneinander von diversen Steuerarten reduziert werden sollte. Diese Meinung herrschte schon bei der IfM-Kurzbefragung kurz vor der Bundestagswahl im Februar 2025 vor. 86,5 % der Unternehmen sind zudem der Ansicht, dass die energiepolitischen Maßnahmen der Bundesregierung stärker zu einer Senkung der Energiekosten führen müssen. Besonders deutlich plädieren hierfür Unternehmen im Produzierenden Gewerbe, für die Energie einen wesentlichen Kostenfaktor darstellt. Nur rund ein Fünftel der Unternehmen (22,5 %) stimmt der Aussage

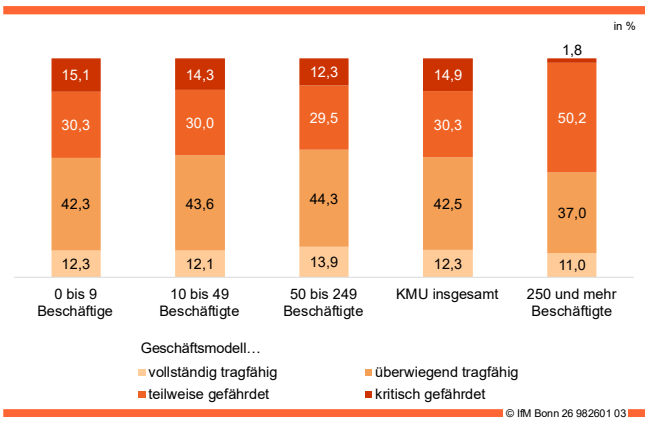
zu, dass die aktuellen Reformen an den richtigen Stellen ansetzen, um die Belastung der Unternehmen durch die Lohnnebenkosten zu begrenzen.

Bei anderen Themen zeigt sich ein weniger einheitliches Meinungsbild. Für die uneingeschränkte Umsetzung der Vorschläge der Rentenkommission stimmen 55,8 %, für eine Reduzierung der Klimaschutzmaßnahmen 46,9 %. Dies zeigt, wie schwer es aktuell für die politischen Entscheidungsträger ist, bei den Reformvorhaben den unterschiedlichen Interessen und Erwartungen in der Wirtschaft gerecht zu werden.

Geschäftsmodelle stehen auf dem Prüfstand

Derzeit geht zudem nur ungefähr jedes zehnte Unternehmen davon aus, über ein "vollständig tragfähiges" und somit zukunftssicheres Geschäftsmodell zu verfügen, das gegebenenfalls nur kleinerer Optimierungen bedarf. Die Mehrheit der Unternehmen in Deutschland hält hingegen sehr tiefgreifende Anpassungen für erforderlich, ohne die die Wettbewerbs- und Marktfähigkeit ihrer Geschäftsmodelle mittel- bis langfristig nicht mehr gewährleistet werden kann (siehe Abbildung 2).

Abb. 2: Tragfähigkeit der Geschäftsmodelle



In dieser Situation befinden sich mehr kleine und mittlere als Großunternehmen. Ein Großteil der KMU geht davon aus, ihr "überwiegend tragfähiges" Geschäftsmodell in Kernbereichen anpassen zu müssen. Fast ein Drittel der KMU sieht hingegen das eigene Geschäftsmodell "teilweise gefährdet". Diese Unternehmen erwarten, dass sie es in den nächsten drei bis fünf Jahren grundlegend transformieren müssen, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Gut 15 % aller KMU geben sogar an, dass ihr aktuelles Geschäftsmodell "kritisch gefährdet" sei und in 10 Jahren sehr wahrscheinlich nicht mehr marktfähig sein werde.

Von den Großunternehmen sieht nur ein sehr kleiner Teil das eigene Geschäftsmodell prinzipiell als kritisch gefährdet an. Jedes zweite Großunternehmen hält es aber für notwendig, das Geschäftsmodell mittelfristig grundlegend zu transformieren. Damit stehen auch die Geschäftsmodelle der Großunternehmen mehrheitlich unter einem hohen Anpassungsdruck.

Reformvorhaben müssen Handlungsspielraum für Unternehmen schaffen

Grundsätzlich liegt es in der Verantwortung der Unternehmerinnen und Unternehmer, auf veränderte wirtschaftliche Rahmenbedingungen zu reagieren und die Geschäftsmodelle ihrer Unternehmen entsprechend zu transformieren. Dabei sind sie auf geeignete wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen angewiesen. Die Erwartungen, dass die aktuellen Reformen und Reformvorhaben der Bundesregierung hierfür die entsprechenden Voraussetzungen schaffen, sind allerdings eher verhalten: So ist die Mehrheit der Unternehmen (70,4 %) – unabhängig von ihrer Größe und Branchenzugehörigkeit – wenig bis gar nicht zuversichtlich, dass die Reformen dazu beitragen können, ihre Wettbewerbsfähigkeit in den nächsten drei bis fünf Jahren zu verbessern. Lediglich 11,5 % sind eher bis sehr zuversichtlich. Aus ihrer Sicht muss die Politik die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen weiter verbessern, damit die Unternehmen ihre Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig stärken können.

Zur Kurzbefragung 2/2026

Um kurzfristig Stimmungsbilder des Mittelstands zu aktuellen Themen einzuholen, führt das IfM Bonn zweimal jährlich Kurzbefragungen durch. Die zweite Kurzbefragung dieses Jahres befasste sich vorrangig mit der Frage, wie Unternehmen die aktuellen Standortbedingungen und Reformvorhaben der Bundesregierung beurteilen.

Im Zeitraum vom 21. September bis 4. Oktober 2026 haben insgesamt 722 Unternehmen aller Wirtschaftszweige und Größen mit Geschäftssitz in Deutschland den Fragebogen online vollständig ausgefüllt. Die Befragungsergebnisse wurden auf Grundlage des aktuellen Unternehmensregisters des Statistischen Bundesamtes hinsichtlich der Größe und des Wirtschaftszweigs der befragten Unternehmen gewichtet.

Impressum

Herausgeber

Institut für Mittelstandsforschung (IfM) Bonn
Maximilianstraße 20, 53111 Bonn
Tel. +49 (0)228 / 72997-0

Website: www.ifm-bonn.org

Gefördert durch:
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages
Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen